

Es gilt das gesprochene Wort

Andris PIEBALGS

Mitglied der Europäischen Kommission

**"Herausforderungen der Energieversorgungssicherheit
und Klimaveränderung für die internationale
und nationale Energiepolitik"**

29. September 2005

Bern

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zu allererst möchte ich Ihnen zu dem positiven Ergebnis des Referendums über den freien Personenverkehr gratulieren! Dies ist ein sehr wichtiges und positives Signal für ganz Europa.

Die Themen meiner Rede könnten nicht aktueller sein. Ölpreise steigen über die letzten Monate stetig. Natürliche Vorfälle während dieses Sommers wie Überschwemmungen und Waldbrände, und natürlich Hurrikan Katrina, erinnern uns an die Zerbrechlichkeit unserer Ökosysteme und unserer Umgebung. Zahlreiche Experten weisen auf die Beziehung zwischen diesen Ereignissen und Klimaveränderungen hin. Ihr Land hat sowohl die gewaltigen Überschwemmungen als auch die schleichenden Naturereignisse wie der Rückzug von Gletschern erfahren. Der heiße und trockene Sommer von 2003 hat allein schon einen Verlust von 10% der verbleibenden Gletschermasse in den Europäischen Alpen verursacht. In 2050 werden wahrscheinlich 75% der Gletscher in den Schweizer Alpen verschwunden sein.

Bedenken über Sicherheit der Energieversorgung und über die Zunahme der Treibhausgasemissionen sind nicht neu. Schon im Jahre 2001 waren sie die beiden Hauptthemen im Grünbuch der Kommission über die Sicherheit der Energieversorgung. Seit damals ist in Europa viel unternommen worden. Aber es sollte noch mehr getan werden. Die Energiepolitik ist der Schlüsselbereich, um Lösungen für diese zwei dringenden Probleme zu finden.

Lassen Sie mich umreißen, was getan worden ist, und welche Herausforderungen uns noch erwarten.

Ich werde zuerst die Versorgungssicherheit ansprechen.

Die Energie ist von zentraler Bedeutung für unser wirtschaftliches System. Jedoch muß Europa 50% seines Bedarfs im Bereich der Energie importieren, das bedingt eine jährliche Rechnung von 240 Milliarden Euro. Wenn nichts gemacht wird, werden es 70% im Jahre 2030 sein, während der Preis für ein Barrel Erdöl weiter steigt.

Um Europa eine größere Autonomie zu verschaffen, gibt es zwei Ansätze : einerseits eine Politik, die auf das Angebot ausgerichtet ist - durch die Erschliessung interner Energiequellen; andererseits eine Politik, die auf die Nachfrage ausgerichtet ist - durch die Kontrolle unseres Energieverbrauchs. Es ist wirksamer, auf die Nachfrage als über das Angebot zu wirken.

Die Energieeinsparung in Europa zu verbessern ist deshalb eine der Hauptzielsetzungen der Europäischen Kommission. Es wird Gegenstand des ersten Teiles dieser Rede sein.

Die andere Priorität besteht darin, **die Schaffung des Binnenmarktes für Strom und Gas zu verfolgen**, um unser Wirtschaft und den europäischen Bürgern eine stabile und kostengünstige Energieversorgung zu garantieren.

Schließlich muß man **weiterhin auf das Energieangebot einwirken**. Zwei Leitlinien sind wünschenswert und ergänzen sich gegenseitig : einerseits auf einheimischen Ressourcen und die Energiequellen von morgen zu bauen; sich andererseits zu bemühen, unsere Abhängigkeit von externen Quellen so gut wie möglich zu verwalten.

Diese drei Prioritäten im Bereich Versorgungssicherheit können auch im erheblichen Maße zu der Verringerung von Kohlendioxid-emissionen in der Union beitragen. Erfolge in einem Bereich könnte auch Erfolge im anderen Bereich bringen. Ich komme später noch darauf zurück.

I. Die Energie intelligenter nutzen

Nach der Wahrnehmung der siebziger Jahre im Gefolge der zwei Ölschocks haben die Anstrengungen, Energie einzusparen, erheblich nachgelassen. Die Energieeffizienz der Autos und der Wärmeschutz der Gebäude hat sich verbessert, aber diese Fortschritte sind ungenügend. Man muß weiter gehen. Ungeachtet der Absichten wird ein großer Teil der Energie weiterhin in Europa verschwendet werden.

Alle Warnlichter sind auf rot: der Energieverbrauch steigt um 1 bis 2% pro Jahr. Die Verantwortlichen? Die ungenügende Energieeffizienz der derzeitigen Technologien und unsere Konsumgewohnheiten. Wenn die derzeitigen Tendenzen fortgesetzt werden, würde der Energiebedarf bis 2020 um 10% zunehmen.

Die Kommission hat deshalb beschlossen, die Initiative auf diesem Gebiet wieder aufzunehmen. Sie hat die Energieeffizienz ins Zentrum der Lissabon Strategie für ein wettbewerbsfähigeres Europa gesetzt. Für mich ist diese Initiative die Priorität meines Mandats im Jahre 2005.

Warum? Weil unser derzeitiges Modell im Bereich der Energie nicht lebensfähig ist, und die Energieeinsparung das schnellste Mittel ist, das einfachste und das wirksamste, um diese Herausforderung anzunehmen. Das Potential von Energieeinsparung ist beträchtlich. Mit den modernen Technologien von Energieeffizienz ist es möglich, bis zu 20% von unserem Energieverbrauch einzusparen. Dies würde eine Einsparung von ungefähr 60 Milliarden Euro pro Jahr entsprechen, das heißt dem Äquivalent eines Viertels der Rechnung für Importe der

Union. Es ist eine politische Frage des Wollens. Das Kosten-Nutzenverhältnis ist sehr gut. Mit wenig Investitionen kann man erhebliche Gewinne erhalten.

Der Markt allein erlaubt nicht, den Energieverbrauch zu regulieren. Der Preis für Energieerzeugnisse spornt den Verbraucher nicht an, wirklich Einsparungen zu machen. Die öffentliche Hand hat also eine Hauptrolle zu spielen. In unserem neuen Grünbuch über die Energieeffizienz schlagen wir, die Kommission, Aktionen für eine freiwillige und wirksame Politik in Europa vor.

Ungefähr 10% dieser Ersparnisse werden sich aus den Maßnahmen ergeben, die seit fünf Jahren dank der Aktivitäten durch die Kommission vorangetrieben wurden. Unter der Bedingung allerdings, daß die Mitgliedstaaten ihre Verantwortung übernehmen und die Maßnahmen umsetzen, die im Bereich der Gebäude, der Hausgeräte, der kombinierten Systeme der Erzeugung von Wärme und Strom und beim Stromverbrauch vereinbart wurden.

Die verbleibenden 10% werden sich aus neuen Maßnahmen ergeben, die in allen Bereichen ergriffen werden müssen, insbesondere beim Transport. Der Transport stellt allein etwa ein Drittel des Gesamtverbrauchs der Union dar. 98% des Verkehrs hängen vom Erdöl ab. Das Weißbuch über die europäische Verkehrspolitik bis 2010 hat zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, um den Unausgewogenheiten zwischen den Verkehrsmitteln abzuhelpfen und Alternativen zum Straßenverkehr zu fördern.

Um Fortschritte bei der Energieeinsparung zu erreichen, sind mehrere Wege möglich:

- das öffentliche Auftragswesen auf den Kauf sauberer und energiesparender Fahrzeuge auszurichten;
- den Anwendungsbereich der Richtlinie über die Gebäude auszudehnen;
- den Verbrauch der Fahrzeuge mit Hilfe der Regelung oder freiwilligen Abkommen zu begrenzen;
- der Industrie zu helfen, das Management des Verkehrs zu optimieren, dank den Anwendungen die sich aus Galileo ergeben werden;
- Stadtgebühren zu erheben, um die Benutzung umweltverschmutzender Pkws zu verringern;
- innovative Finanzierungsmechanismen zu fördern.

Europa muß jetzt verantwortlich handeln und den Beweis von Voraussicht und politischem Mut erbringen.

11. Einen echten Energiebinnenmarkt bis 2007 schaffen

Eine der Prioritäten der Energiepolitik eines Staates besteht darin, eine stabile Energieversorgung zu besten Kosten für seine Wirtschaft und seine Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Investitionen in die grenzüberschreitende Infrastruktur sind ungenügend. Nur durch ein angepasstes Verbundnetz kann die Europäische Union das ganze wirtschaftliche Potential nutzen, das durch die Marktöffnung geliefert wurde. Deshalb haben die Mitgliedstaaten 2003

gemeinsame Regeln für den grenzüberschreitenden Elektrizitätsaustausch angenommen und für Gas ähnliche Bestimmungen vereinbart. Infolge dieser EU-Vorschriften soll der Binnenmarkt für Gas und Elektrizität Mitte 2007 für alle Verbraucher Wirklichkeit werden. Die Kommission hat ebenfalls vorgeschlagen, eine Prioritätenliste wesentlicher Verbindungen zu definieren, die durch das Programm der transeuropäischen Energienetze ko-finanziert werden.

Die physische Integration des Binnenmarktes wird die Öffnung für den Wettbewerb vereinfachen und wird auch erlauben, die Sicherheit von Versorgung der Europäischen Union mit Energie zu verstärken.

III. Das Energieangebot diversifizieren

Selbst wenn die Beherrschung der Nachfrage vorrangig ist, muß man auch weiterhin eine auf das Angebot ausgerichtete Politik führen. Das Grünbuch über die Versorgungssicherheit hat es gut analysiert : es handelt sich nicht darum, die Selbstversorgung zu erreichen, sondern die Abhängigkeit und die Risiken einer Versorgungsunterbrechung zu reduzieren. Oder : die Energiequellen zu entwickeln, über die die Europäische Union innerhalb ihrer Grenzen verfügt und jene zu schützen, die sie vom Ausland importiert.

Die erneuerbaren Energiequellen

Die Union ist nicht sehr reich in Energiequellen. Ihre Nutzung ist teurer als anderswo.

Europa hat gerade heute eine Karte auszuspielen, indem es die Entwicklung der erneuerbaren Energien fördert: sie sind lokal verfügbar, bringen Umweltgewinne und tragen zur Beschäftigung und zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie bei. Seit 2000 hat die Union ehrgeizige Zielsetzungen für 2010 festgelegt: von 6% von grüner Energie im Bruttoverbrauch auf 12% überzugehen; den Teil der grünen Elektrizität in der Bilanz des Verbrauchs elektrischer Energie von 14% auf 21% zu erhöhen; schließlich den Anteil der Biotreibstoffe im Transport auf 5,75 % zu bringen.

Die Kommission hat das vergangene Jahr eine erste enttäuschende Bilanz der Fortschritte aufgestellt, die in den Mitgliedstaaten gemacht wurden, um diese Zielsetzungen zu erreichen. Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien erfordert in der Tat finanzielle Unterstützung. Die Kommission hat beschlossen, die unterschiedlichen national bestehenden Beihilferegeln in der Union durchzugehen, sie auf ihren Erfolg hin zu analysieren und ihre Koordinierung zu fördern. Sie hat ebenfalls vorgeschlagen, die Forschung und die Entwicklung in diesem Bereich zu verstärken und das Budget des Mehrjahresprogramms „Intelligente Energie für Europa“, entscheidend zu erhöhen.

Zwischen Vergangenheit und Zukunft: Kohle und Wasserstoff

Die Kohle kann heute noch zur Versorgungssicherheit der Union beitragen, allerdings unter der Voraussetzung einer sauberen Verbrennung. Das Vorgehen der Europäischen Union umfaßt zwei Ansätze : einerseits die Forschung zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff; andererseits ein System von staatlichen Beihilfen, um die Umstrukturierung des Bereichs zu begleiten und die soziale Auswirkung der Schließung von Bergwerken zu reduzieren.

Die Zukunft beruht vielleicht auf Wasserstoff, der im übrigen keine Energiequelle, sondern ein sauberer, speicherbarer Energieträger ist, und der aus jeder primären Energiequelle produziert werden kann. In Verbindung mit Brennstoffzelle kann er Elektrizität mit hohem Wirkungsgrad erzeugen, ohne schädliche Emissionen für die Umwelt zu produzieren. Europa finanziert die Forschung auf diesem Gebiet. Es handelt sich um eine Investition mit sehr langer Zeitsperspektive, aber seine Entwicklung ist vielversprechend.

Die nukleare Option

Bleibt die Kernenergie. Diese Energiequelle spielt eine erhebliche Rolle bei der Sicherheit unserer Versorgung mit Energie. Ihre Verwendung trägt allein mehr als ein Drittel zur Energieerzeugung der Union bei, und sie produziert kein CO₂.

Jeder Mitgliedstaat ist frei, Kernenergie zu verwenden oder nicht. Tatsache ist, daß man nie soviel Elektrizität aus der Kernenergie produziert hat, wie in 2004. Einige Mitgliedstaaten (Frankreich, Finnland) haben beschlossen, neue Reaktoren zu bauen.

Im Rahmen der letzten Erweiterung hat die Kommission auch vorgeschlagen, weiter zu gehen, was die gemeinsamen Vorschriften für die nukleare Sicherheit und die Entsorgung von Nuklearabfällen betrifft. Es ist nun notwendig, daß die Mitgliedstaaten diese Vorschläge annehmen, um den europäischen Bürgern die Sicherheit und die nukleare Sicherheit zu garantieren.

Schließlich ist die Kernfusion ein anderer wichtiger Bereich der europäischen Kernforschung. Sie wird unterstützt durch die Rahmenprogramme im Zusammenhang der Euratom-Forschung, deren internationales Reaktorprojekt ITER eine neue Etappe darstellt.

Die externe Abhängigkeit

Es ist weiterhin wichtig, gute Beziehungen mit den Erzeugerländern im Rahmen eines strukturierten Dialogs aufzustellen, mit Russland aber auch mit anderen Erzeugerländern wie Norwegen und den Ländern der OPEC.

Schließlich diskutiert die Union nicht nur mit den Erzeugerländern. Sie hat auch die Initiative ergriffen, das Thema „Energie“ ins Zentrum der Diskussionen mit den großen Verbraucherländern zu stellen, d.h. mit China, Indien und Japan. Wir beabsichtigen insbesondere, gemeinsame Vorhaben im Bereich der sauberen Technologien für die Kohle und die Abspaltung von CO₂ sowie für die Förderung der sauberen Fahrzeuge zu entwickeln.

Und damit sind wir bei einer weiteren grossen Herausforderung angekommen : der **Verringerung der Treibhausgasemissionen**.

Die Herausforderung der Klimaveränderung

Die Klimaveränderung ist Realität. Abwarten ist keine sinnvolle Option. Je weiter Massnahmen aufgeschoben werden, desto grösser ist die Gefahr irreparabler Klimaschäden. Das Protokoll von Kyoto fordert uns auf, starke Massnahmen zu treffen, um CO₂-Emissionen zu begrenzen.

Viele der Massnahmen, die ich soeben vorgestellt habe, könnten auch in erheblichem Masse dazu beitragen, unsere Emissionen zu senken. Es ist klar, daß sowohl erneuerbare Energiequellen als auch Kernenergie den Vorteil haben, keine Treibhausgasemissionen zu produzieren. Energie effizienter nutzen, heisst auch weniger schädliche Stoffe zu produzieren.

Aber die EU hat noch mehr Initiativen in Angriff genommen. Das europäische Emissionshandelssystem ist seit 1. Januar in Kraft. Es wird ein Mittel sein, kostenwirksame Emissionsreduzierungen der energie-erzeugenden und der energie-intensiven Industrie zu erreichen. Das europäische Handelssystem ist offen, und wir freuen uns darauf, die Möglichkeiten zu untersuchen, das EU-System mit ähnlichen Systemen in Drittländern zu verbinden.

Die Kommission legte im Februar dieses Jahres ihre Mitteilung über die zukünftige Klimaänderungspolitik vor. Einige große Herausforderungen wurden identifiziert. So wird die EU weiterhin eine Vorreiterrolle bei den multilateralen Anstrengungen spielen, aber eine breitere internationale Beteiligung ist unbedingt erforderlich.

Auch weitere Politikbereiche sollten einbezogen werden – denken wir nur an die stark zunehmenden Emissionen aus dem Luft- und Seeverkehr, oder auch die voranschreitende Abholzung der Wälder. Marktorientiertere Instrumente, wie im Kyoto Protokoll vorgesehen, sowie technologische Innovation und Entwicklung sollten weitere Beiträge zu einer kostenwirksamen Emissionsminderung liefern.

Eine neue Phase des Europäischen Programms zur Klimaveränderung wird noch dieses Jahr gestartet. Es soll die effektivsten Massnahmen bestimmen, unsere Kyoto Ziele kostenwirksam zu erreichen. Das Programm wird wichtige Themen wie Kohlenstoffbindung und –speicherung oder Emissionen des Verkehrssektors (Autos, Luftfahrt) aufnehmen.

Auf internationaler Ebene bewegen sich auch Dinge. Der G-8 Gipfel vom Juli hat die Klimaveränderung als eines seiner zwei großen Themen hervorgehoben. Neue Partnerschaften zwischen der EU und China und Indien werden die Zusammenarbeit im Bereich Energie und Klimaschutz fördern.

Dieses Jahr werden Diskussionen darüber anfangen, wie man die internationale Klimapolitik nach dem ersten Verpflichtungszeitraum des Kyoto Protokolls, das ist jenseits 2012, fortsetzen wird. Die EU ist entschlossen, weiterhin eine führende Rolle im Kampf gegen die Klimaveränderung zu spielen, aber sie kann den Kampf nicht allein gewinnen. Die Schlußfolgerungen des Europäischen Frühjahrsrates müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden, wenn in ihnen die Notwendigkeit festgelegt wird, mit anderen Parteien mögliche weitere Reduzierungsmöglichkeiten zu erforschen und Reduzierungen für die Industrieländer von 15 bis zu 30% bis 2020 zu untersuchen. Dass es dabei erforderlich ist, grosse Emittenten

einschließlich der USA an Bord zu holen, sollte in diesem Zusammenhang nochmals unterstrichen werden.

Welche Ziele und Mechanismen auch immer vereinbart werden, die Energiepolitik wird immer eines der Schlüsselemente sein. Das Thema „Energie“ steht im Zentrum der europäischen Aktivitäten. Die Richtungsentscheidungen, die wir in diesem Bereich heute treffen, sind entscheidend für die Zukunft - um unsere Versorgungssicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den Schutz unserer Umwelt zu garantieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!